

„Wir sind für alle da... noch“



Der bundesweite Aktionstag Suchtberatung mit dem Motto „Kommunal wertvoll!“ findet jährlich am zweiten Donnerstag im November statt. Er wird von der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e. V. (DHS) gemeinsam mit ihren Mitgliedsverbänden geplant und koordiniert.

Suchtberatungsstellen bieten vor Ort eine unverzichtbare Hilfe für suchtgefährdete und ab-

hängigkeitskranke Menschen. Damit leisten sie einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft und zur Daseinsvorsorge. Suchtberatungsstellen übernehmen vielfältige Aufgaben, die sich auf verschiedenen Ebenen bewegen und die in ihrer Zusammensetzung ein Alleinstellungsmerkmal der Suchthilfe darstellen.

Motivation und Vermittlung:

Suchtberatungsstellen sind unter anderem dafür zuständig, Hilfesuchende ins medizinische Hilfesystem (stationäre oder ambulante Rehabilitation) überzuleiten. Hier erfüllen die Suchtberatungsstellen eine wichtige Brückenfunktion: Laut dem Jahrbuch Sucht 2021 kommen über 50% der Einweisungen in stationäre Fachkliniken oder ambulanten Einrichtungen der Suchtrehabilitation über die Beratungsstellen an. In den beiden Jugend- und Drogenberatungsstellen des Vereins für Integration und Suchthilfe e.V. in Limburg und Weilburg wurden im Jahr 2021 44 Personen mit einer Suchtdiagnose in stationäre oder ambulante Langzeittherapien vermittelt. Neben der Information zu Möglichkeiten der Sucht-Reha bieten die Beratungsstellen Unterstützung und Hilfe bei dem Antragsverfahren, erstellen hierfür einen notwendigen ausführlichen Sozialbericht und helfen mit ihrer Fachkompetenz und Erfahrung bei der Suche nach einer geeigneten Einrichtung.

Beratung und Begleitung:

Trotz der wichtigen Funktion der Therapievermittlung besteht der Großteil der Arbeit in den Beratungsstellen in einer stützenden und stabilisierenden Beratung. Insgesamt hatten 282 der 342 Personen, die in 2021 eine der beiden Beratungsstellen aufsuchten, eine eigene Suchtproblematik im Hintergrund. Laut der deutschen Suchthilfestatistik führt das in über 90 % der Fälle zumindest zu einer Stabilisierung, unabhängig davon, ob der Kontakt weiterbesteht oder beendet wurde.

Die durchschnittliche Betreuungszeit lag bei den beendeten Betreuungen in 2021 bei 598 Tagen (Beratungsstelle Limburg) und 423 Tagen (Beratungsstelle Weilburg). Dies zeigt, dass es trotz der oft behaupteten mangelnden Motivation eine hohe Bindungsfähigkeit der Beratungsstellen gibt.

Netzwerkarbeit:

Die Fachkräfte der beiden Suchtberatungsstellen sind Anlaufstelle für unterschiedliche Ansprechpersonen und leisten sowohl fallabhängige als auch fallunabhängige Netzwerkarbeit. Neben anderen Einrichtungen und Trägern der sozialen Hilfen sind dies vor allem Behörden (z.B. Jobcenter, Jugend- und Sozialamt) sowie Einrichtungen der Justiz (Bewährungshilfe, Staatsanwaltschaft). Aber auch eine enge Kooperation mit den Fachkliniken, Übergangs- und Entgiftungseinrichtungen ist notwendig für die kompetente Arbeit mit den ratsuchenden Menschen. Auch hier fällt den Beratungsstellen eine wichtige Mittlerfunktion zu: Sie informieren sowohl Ratsuchende als auch Einrichtungen über die geplanten Maßnahmen, regen Hilfeplangespräche an und stehen den kommunalpolitischen Entscheidungsträgern als auch der Öffentlichkeit als erfahrene Experten zur Verfügung.

Beziehungsqualität:

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Beratungsstellen haben eine Schweigepflicht. Dies ist eine Grundvoraussetzung für eine vertrauensvolle Klient-/Berater*in-Beziehung. Hinzu kommt die Grundvoraussetzung eines humanistischen Menschenbildes, was „nicht-wertend“, sondern „zulassend“ die Person in ihrer Ganzheit begreift und ihr einen zuverlässigen, stabilen professionellen Beziehungsrahmen anbietet. Auch hier zeigt die lange Betreuungsdauer, wie dies auch von den Ratsuchenden in unseren Einrichtungen geschätzt wird.

Trotz dieser auch durch Untersuchungen bestätigten wichtigen Funktionen der Suchtberatungsstellen ist der Fortbestand der Arbeit bedroht: Noch immer werden die Einrichtungen über freiwillige Hilfen finanziert und sind dadurch durch Einsparungen von Kürzungen bedroht. Dass sich die Arbeit aber auch wirtschaftlich rechnet, haben Untersuchungen ergeben: Eine Studie aus Görlitz hat 2020 ergeben, dass dort jeder aus der kommunalen Daseinsfürsorge investierte Euro eine Kostenersparnis verteilt auf die verschiedenen Leistungsträger von 28 Euro ergibt.